Nummer 6 — 22. Jahrgang

Crefeld, 7. Februar 1920

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Acken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692

Der

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit gelte auch bei dir: Spare, wo es angebracht ist. Aber opfere, wo es notwendig. Der Verband kann ohne Geld nicht bestehen. Je höher der

Beitrag

der Mitglieder, desto vorteilhafter kann der Verband wirken. Er kann dir höhere Unterstützungen im Notfalle gewähren, kann viel mehr tun zur Hebung der geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Der Verband

ist

nur das und kann nur das für uns sein, was wir aus ihm machen. Machen wir ihn stark und leistungsfähig, so kann er mit umso größerem Erfolg werben für die von uns als richtig anerkannten Ideen. Viele müssen sich sagen, auch an

mir

hat es gelegen, daß der Verband nicht mehr für seine Mitglieder erreichen konnte. Nur die Mitglieder schaffen durch ihre Beiträge die materiellen Voraussetzungen für das Wirken des Verbandes. Ist das Opfer deines Beitrages etwa

zu

hoch? Sicher nicht, denn früher waren die Verbandsbeiträge, gemessen an den damaligen niedrigen Löhnen, bedeutend höher. Diese Tatsache sollten alle Mitglieder einsehen und freiwillig höheren Beitragsklassen beitreten. Sie werden dann bald selbst einsehen: das kleine Opfer, der Beitrag ist nicht zu

hoch!

Von den Aufgaben der Betriebsräte.

Die neue Reichsverfassung legt im Artikel 165 die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern im Wirtschaftsleben fest. Es wird hier zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln und ihre Interessen durch Betriebsarbeiterräte wahrnehmen können. Außerdem sind nach Wirtschaftsgebieten gegliederte Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat mit bedeutenden Rechtsbefugnissen vorgesehen. Die genaue Regelung der Zusammensetzung und der Aufgaben der Betriebsräte ist in dem am 18. Januar von der deutschen Nationalversammlung verabschiedeten Betriebsrätegesetz enthalten.

Wir können im Nachfolgenden nur die Hauptbestimmungen wiedergeben, die vor allem Gegenstand der Erörterung gewesen sind. Der Betriebsrat hat nach § 34 die Aufgabe, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen und den Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen. Er hat:

1. in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen;
2. darüber zu wachen, daß die in Angelegenheiten des Gesamtbetriebes von den Beteiligten anerkannten Schiedssprüche eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Schiedsstelle durchgeführt werden;
3. für die Arbeitnehmer gemeinsame Dienstvorschriften und Aenderungen derselben im Rahmen der geltenden Tarifverträge nach Maßgabe des § 38 mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren;
4. das Unternehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern und für Wahrung der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmerschaft einzutreten;
5. Beschwerden des Arbeiter- und Angestelltenrats entgegenzunehmen und auf ihre Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit den Arbeitgebern hinzuwirken;
6. den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, insbesondere bei Streitigkeiten des Betriebsrats, der Arbeitnehmerschaft einer Gruppe oder eines ihrer Teile mit dem Arbeitgeber, wenn durch Verhandlungen keine Einigung zu erzielen ist, den Schlichtungsausschuß oder eine vereinbarte Einigungs- oder Schiedsstelle anzurufen;
7. auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratungen und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken;
8. an der Verwaltung von Pensionskassen und Werkswohnungen sowie sonstigen Betriebswohlfahrtseinrichtungen mitzuwirken; bei letzteren jedoch nur, sofern nicht bestehende, für die Verwaltung maßgebende Satzungen oder bestehende letztwillige Verfügungen entgegenstehen oder eine anderweitige Vertretung der Arbeitnehmer vorsehen;
9. in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten;
10. in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht und nicht auf Grund anderer Gesetze eine gleichartige Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vorgesehen ist, nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes ein oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer, sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrates Sitz und Stimme, erhalten jedoch keine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Der Arbeiterrat und der Angestelltenrat hat die Aufgabe, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die besonderen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen. Er hat:

1. darüber zu wachen, daß in dem Betriebe die zugunsten der Arbeitnehmer gegebenen gesetzlichen Vorschriften und die maßgebenden Tarifverträge sowie die von den Beteiligten anerkannten Schiedssprüche eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schiedsstelle durchgeführt werden;
2. soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, im Benehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse, namentlich auch bei der Festsetzung der Akkord- und Stücklohnsätze oder der für ihre Festsetzung maßgebenden Grundsätze, bei der Einführung neuer Löhnungsmethoden, bei der Festsetzung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen oder bei Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit, bei der Regelung des Urlaubs der Arbeitnehmer und bei Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge im Betriebe mitzuwirken;
   2a. die Arbeitsordnung oder sonstige Dienstvorschriften für eine Gruppe der Arbeitnehmer und Aenderungen derselben im Rahmen der geltenden Tarifverträge nach Maßgabe des § 38 mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren;
   2b. in Streitfällen dem Schlichtungsausschuß oder eine vereinbarte Einigungs- oder Schiedsstelle anzurufen, wenn der Betriebsrat die Anrufung ablehnt;
3. auf eine Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren seiner Gruppe im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken;
4. Beschwerden zu untersuchen und auf ihre Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken;
5. soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, nach Maßgabe der §§ 39 bis 41 mit dem Unternehmer Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern seiner Gruppe in den Betrieb zu vereinbaren;
6. in seiner Gruppe nach Maßgabe der §§ 42 und 43 bei Entlassungen mitzuwirken;
7. bei Kriegs- und Unfallbeschädigten für eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung durch Rat, Anregung, Schutz und Vermittlung bei dem Arbeitgeber und den Mitarbeitern tunlichst Sorge zu tragen.

Die Ausführung der gemeinsam mit der Betriebsleitung gefaßten Beschlüsse übernimmt die Betriebsleitung. Ein Eingriff in die Betriebsleitung durch selbständige Anordnungen steht dem Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenrate nicht zu.

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben haben der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenrat dahin zu wirken, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeininteresse schädigen.

Ein stark umstrittener Punkt war bei der Beratung des Gesetzes die Vorlegung der Bilanz und die Vertreter der Arbeiter in den Aufsichtsräten. Nach der zuletzt auch vom Plenum der Nationalversammlung beschlossenen Fassung ist nicht mehr eine Bilanz, sondern lediglich eine Betriebsgewinn- und Verlustrechnung vorzulegen und zwar auch nur in solchen Betrieben, die 300 und mehr Arbeitnehmer beschäftigen. Dadurch ist erreicht, daß alle in erster Linie auf Personalkredit angewiesenen Unternehmungen nicht geschädigt werden können.

Bezüglich der Einstellung bestimmt das Gesetz, daß eine Mitbestimmung oder Kontrolle im Einzelfalle ausgeschlossen ist und dem Arbeitgeber das Recht der Einstellung allein zusteht. Bei Entlassung ist ein Einspruchsrecht in besonderen Fällen vorgesehen. Die letzte Entscheidung liegt beim Schlichtungsausschuß. Endlich ist die Bestimmung getroffen worden, daß auch dann, wenn die Entlassung zu Unrecht erfolgt ist, der Unternehmer nicht verpflichtet sein soll, den entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Dagegen sieht das Gesetz eine Entschädigungspflicht des Arbeitgebers vor für den Fall, daß durch eine Entscheidung im Schlichtungsverfahren der Einspruch gegen die Entlassung als gerechtfertigt anerkannt wird. Ueber die Richtlinien für Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes werden wir in der nächsten Nummer eingehender berichten.

Unser tägliches Brot

Seit einigen Tagen ist unser tägliches Brot im Preise gestiegen. Das ist darauf zurückzuführen, daß durch Verordnung vom 18. Dezember Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln festgesetzt wurden. Um einen Ausgleich herbeizuführen, bemüht sich die Regierung gleichzeitig, daß auch die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Beamten und Angestellten sowie die Renten der Verteuerung der Lebensmittel angepaßt werden. Diese Verordnung war notwendig geworden, weil die Reichsgetreidestelle nur noch im Besitz von verhältnismäßig geringen Mengen an Getreide ist und die täglichen neuen Anlieferungen kaum die Hälfte der täglichen Ausgänge betragen, also die Gefahr bestand, daß diese Bestände bald zusammengeschmolzen wären. Die Ablieferung stockte und man glaubt, durch die Prämien einerseits den Schleichhandel zurückzudämmen, andererseits eine schnellere und stärkere Belieferung zu erwirken.

Nach Bekanntwerden dieser Verordnung verbreitete sich das Gerücht, daß die Reichsgetreidestelle nur noch für 14 Tage mit Brotgetreide eingedeckt sei. Zu der unangenehmen Nachricht, daß unser Brot teuerer wird, gesellte sich somit die beunruhigende Nachricht, daß das Getreide für unser tägliches Brot bald aufgezehrt sei. Die Regierung hat diese falsche Nachricht sofort für falsch erklärt und berichtet, daß die zur Verfügung stehenden Vorräte zuzüglich der zur Verladung angemeldeten Mengen eine Versorgung bis Mitte Februar ermöglichen. Das ist ein Monat länger, als das Gerücht sagte, beweist aber trotzdem, in welcher Situation wir uns befinden und wie notwendig die Verordnung vom 18. Dezember war.

Es ist bekannt, daß die diesjährige Ernte besser war als die vorjährige. Man fragt sich deshalb, wie ist es möglich, daß wir im gegenwärtigen Augenblick schon unser Brotgetreide schwinden sehen. Die Nachricht wäre beängstigend, wenn sie sich auf die Tatsache stützen würde, daß unser Brotgetreide überhaupt aufgezehrt ist. Das ist jedoch nicht der Fall. Die von der Reichsgetreidestelle zur Lieferung ausgeschriebenen 2,2 Millionen Tonnen an Brotgetreide befinden sich beinahe noch zur Hälfte im Lande, denn es sind bisher nur rund 1,2 Millionen Tonnen erfaßt worden. Die Hauptaufgabe ist also, die noch im Lande befindlichen Vorräte möglichst schnell und restlos in die Hände der Reichsgetreidestelle zu bekommen.

In jedem Jahre hatten wir drei Perioden, die wir als die kritischen bezeichnen können. Die erste kritische Zeit erlebten wir stets beim Uebergang von der alten in die neue Ernte, wenn die alten Bestände aufgebraucht und die neue Ernte noch nicht greifbar war. Dann trat gewöhnlich eine Stockung in der Anlieferung ein nach der Kartoffel- und Rübenernte und Herbstbestellung. Und die dritte Periode erlebten wir nach der Frühjahrsbestellung. In diesem Jahre hatten wir in diesen Perioden ebenfalls Schwierigkeiten. Sie traten nur stärker in Erscheinung als in den verflossenen Jahren. Um über die kritische Zeit zwischen altem und neuem

Erntejahr hinwegzukommen, wurden bisher Lieferungsprämien bewilligt, um möglichst bald in den Besitz des neuen Getreides zu kommen. In diesem Jahre lehnte die Nationalversammlung die Lieferungsprämien ab. Die Folge war eine Stockung in der Anlieferung und eine gefährliche Situation. Die Verhältnisse gestalteten sich so ungünstig, daß vom 1. September bis 15. Oktober doch noch Lieferungszuschläge eingeführt werden mußten. Die täglichen Anlieferungen stiegen, aber die Wirkung war nicht mehr eine volle, weil alsbald die Kartoffel- und Rübenernte einsetzte und die Landwirte am Dreschen und Abliefern somit behindert waren. Unglücklicherweise hatten wir in diesem Jahre sehr früh Frost- und Schneefall, so daß unsere Hackfrüchte nicht restlos vor dem Frost aus der Erde kamen. Die Landwirtschaft benutzte jeden frostfreien Tag, noch die in der Erde gebliebenen Früchte nach Hause zu bringen. Dadurch erlitt ebenfalls die geregelte Getreideablieferung eine Stockung. Daß dazu noch Schwierigkeiten mit der Kohlenversorgung- und in unserem Transportwesen kamen, sei nur nebenbei erwähnt.

Es muß aber auch offen ausgesprochen werden, daß nicht nur unglückliche Umstände die Schuld an der jetzigen Lage tragen, sondern ein großer Teil der Schuld unserer Landwirtschaft zufällt. Schon gleich nach der Ernte — auch schon vorher — haben landwirtschaftliche Organisationen eine starke Propaganda für die Erhöhung der Preise getrieben. Es soll zugegeben werden, daß auch die Landwirtschaft unter den erhöhten Preisen für die Gebrauchs- und Bedarfsgegenstände zu leiden hat. Es wurden jedoch Forderungen aufgestellt, die über das Ziel hinausschossen. Man verlangte in führenden Kreisen der Landwirtschaft Anpassung des Inlandspreises an den Weltmarktpreis, was eine Erhöhung um das vier- bis fünffache des bisherigen Preises bedeutet hätte. Die Bewegung wurde mit solcher Erbitterung geführt, daß wir vor der Gefahr eines Streikes der Landwirtschaft standen. In manchen Gegenden wurde fast nichts mehr abgeliefert, Kontrollen, die auf das Land kamen, wurden verprügelt oder gar mit Schußwaffen bedroht. In dieser Periode hielten viele Landwirte das Getreide zurück, weil sie eine Preiserhöhung erhofften. Sie erreichten auch durch ihr Verhalten den Erlaß vom 18. Dezember, wonach sie jetzt besondere Lieferungsprämien erhalten. Die Lieferungsprämie kann naturgemäß nicht sofort wirksam werden, weil alsbald nach Bekanntgabe die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage folgten, eine Zeitspanne, in der auch auf dem Lande wenig gearbeitet wird.

Die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß die Prämien ihre Wirkung tun und daß jetzt die Landwirte das noch in ihren Händen befindliche Getreide schleunigst abliefern. Kämen wir in Schwierigkeiten, dann bliebe uns ja noch der Bezug von Getreide aus dem Ausland, das wir allerdings infolge des schlechten Standes unserer Valuta teurer bezahlen müssen. Im äußersten Notfall müßte wieder eine Heraufsetzung des Ausmahlungssatzes oder gar eine Herabsetzung der Tagesration in Erwägung gezogen werden. Es würden dabei erhebliche Mengen gespart. Würde z. B. vom 15. Februar ab eine Ausmahlung des Brotgetreides zu wenigstens 94 Prozent wieder angeordnet und die Tagestopfmenge auf 300 Gramm Mehl herabgesetzt, so würden durch diese Maßnahmen allein die Getreidevorräte so gestreckt werden, daß sie etwa drei Monate länger reichten als bei dem jetzigen Ausmahlungssatz und der gegenwärtigen Ration. Bevor wir jedoch zu diesen Maßnahmen greifen, müßten andere Maßnahmen gegenüber der Landwirtschaft ergriffen werden. Es steht fest, daß fast die Hälfte des Getreides noch im Lande ist. Wenn wir durch das Verhalten der Landwirtschaft gezwungen würden, größere Mengen teures Getreide aus dem Ausland zu beziehen oder die Ration herabzusetzen oder schlechteres Mehl zu verbacken, dann müßte die Regierung unserer Landwirtschaft zeigen, daß es noch andere Mittel und Wege gibt als Lieferungsprämien und Preiserhöhungen, um das Getreide in ihre Hände zu bekommen. Gewiß: auch der landwirtschaftliche Betrieb muß rentabel sein, und gegen eine Preiserhöhung in angemessenen Grenzen hatten wir nie etwas einzuwenden. Die Landwirtschaft darf jedoch den Bogen nicht überspannen. Wenn sie glaubt, die Notlage unseres Volkes ausnützen zu können, um sich immer mehr zu bereichern, dann sollte man ihr beweisen, daß das Volk Anspruch hat auf das tägliche Brot.

Merke dir stets:

Begeisterung und eine gefüllte Verbandskasse sind unsere besten Waffengenossen. L. W.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung.

In Nummer 26 des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften" wird die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Revolutionsjahre 1918 dargestellt. Den Löwenanteil in der Entwicklung hatten schon damals die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die in 48 einzelnen Verbänden 1 648 313 Mitglieder zählten. Die Einnahmen dieser 48 Gewerkschaftsverbände betrugen im Jahre 1918 59 550 912 M. Die Ausgabe dagegen betrug 41 460 676 M. Der Vermögensbestand bezifferte sich auf 81 776 316 M.

Die zweitstärkste Gruppe sind die christlichen Gewerkschaften, die im Jahre 1918 in 38 Verbänden 538 559 Mitglieder zählten. Die Jahreseinnahme betrug 8 725 078 Mark, die Ausgabe 8 284 432 M. Der Vermögensbestand belief sich am 31. Dezember 1918 auf 12 444 942 M.

Die dritte und kleinste gewerkschaftliche Gruppe sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die im Jahre 1919 in 20 Verbänden 113 792 Mitglieder zählten. Die Einnahme betrug 3 818 655 M. Die Ausgabe dagegen 2 201 743 M. Der Vermögensbestand betrug 2 926 162 M.

Noch gewaltiger tritt die Entwicklung des gewerkschaftlichen Gedankens im Jahre 1919 in die Erscheinung. Um die Jahreswende 1919/20 zählten die sozialdemokratischen Gewerkschaften rund sieben Millionen Mitglieder. Die christlichen Gewerkschaften, die sich am 22. November 1919 mit anderen Gewerkschaftsgruppen zum deutschen Gewerkschaftsbund vereinigt haben, zählen augenblicklich fast zwei Millionen Mitglieder. Der deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich zusammen aus dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften, aus dem Gesamtverbande deutscher Angestelltengewerkschaften und aus dem Gesamtverbande deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften.

Durch die Gründung des deutschen Gewerkschaftsbundes ist ein großzügiges und zeitgemäßes Gebilde geschaffen, in dessen Rahmen jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte in seiner Berufsorganisation seinen Platz finden kann. Ueber die gemeinsamen Aufgaben und den Zweck des Gewerkschaftsbundes besagen die Richtlinien das folgende:

1. Der deutsche Gewerkschaftsbund will gemeinsame wirtschaftliche und berufliche Interessen wahrnehmen, entsprechend den Bedürfnissen der neueren Entwicklung.
2. Er will die besonderen Interessen der einzelnen Gruppen durch die Gesamtheit der im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen fördern.
3. Der deutsche Gewerkschaftsbund will endlich den unser Volk zerfetzenden Materialismus zu überwinden versuchen durch die Pflege allgemein sittlicher, christlicher und nationaler Gedanken.

Die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsbewegung ist von der riesenhaften Entwicklung des verflossenen Jahres weniger berührt worden. Sie scheidet heute zwischen den gewaltigen Organisationskörpern der Arbeitnehmer aus. Angesichts aber dieser riesenhaften Zusammenballung der Arbeitnehmerkräfte kann die Zeit nicht mehr fern sein, wo den deutschen Gewerkschaften öffentlich-rechtliche Befugnisse eingeräumt werden. Graf Posadowsky hat bekanntlich seinerzeit schon einmal einen Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorgelegt. Infolge der Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 verschwand der Entwurf bedauerlicherweise in der Versenkung. Die Zeit verlangt, daß in modernisierter Form der Entwurf des Grafen Posadowsky vom Jahre 1906 verwirklicht wird.

In dem Jammer der Gegenwart ist es ein hoffnungsvolles Zeichen, daß die christlichen Gewerkschaften neben den sozialdemokratischen eine so ungeahnte Entwicklung in der letzten Zeit genommen haben. Die christlich-nationale Gesamtbewegung, bestehend aus dem deutschen Gewerkschaftsbunde, dem konfessionellen Arbeiterverein und anderen Organisationen zählt heute rund vier Millionen Mitglieder. Das ist eine Macht, die für die deutsche und nationale Entwicklung unseres Volkes von Bedeutung zu werden verspricht. In dieser Bewegung leben die Kräfte des christlichen Sozialismus, die ihren Ausdruck nach der nationalen Seite suchen.

Paul Rüffer

Allgemeine Rundschau.

Terrorismus in brutalster Form.

Das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, „der Holzarbeiter", berichtet in seiner Nr 3 vom 16. Januar 1920 über einen ungeheuerlichen Fall von Terrorismus, der dadurch noch an Brutalität gewinnt, daß er sich gegen Kriegsbeschädigte richtet. Bei der Firma Gebr. Schöndorf A.-G. (Düsseldorf) waren zwei Kriegsteilnehmer, M. und S., beide Familienväter, der

Nun raff' dich auf!

Nur Arbeit, Arbeit tut uns not,
Die Arbeit nur kann uns erretten
Vor Leid und Jammer, vor Hungersnot,
Vor feindlichen, sklavischen Ketten.

Scheu nicht die Mühen, sind sie auch groß,
Nur mutig das Schwerste begonnen.
Wer träg' die Hand legt in den Schoß,
Verdient nicht den Platz an der Sonnen.

Drum raff dich auf, das Haupt empor,
Laß emsig die Hände sich regen,
Die Arbeit baut ein neues Tor
Zum Glück dir und herrlichsten Segen.

Paderborn. Johannes Buse
im „Typograph".

Ursachen der Geldentwertung.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Ueber die Entwertung des deutschen Geldes ist viel geredet und geschrieben worden. Von der oder jener Ursache hörten wir, es wurden auch Mittel genannt, die das deutsche Geld wieder wertvoller machen sollten oder könnten. Im großen ganzen wäre das der richtige Weg, wieder zu einem wertvollen deutschen Gelde zu kommen: Die Ursachen des Uebels oder die Ursachen der krank gewordenen deutschen Mark aufzusuchen und dann auf Mittel und Wege zu sinnen, das Uebel zu vermindern oder zu lindern. Das ist auch von manchen Seiten geschehen, nur ist keine Besserung möglich, wenn nicht der Hauptbeteiligte bei der Besserung mitwirkt. Der Hauptbeteiligte ist das deutsche Volk, nicht die einzelnen Gruppen der Industriellen, der Handeltreibenden, der Bank- und Geldleute allein können Besserung schaffen. Eine Besserung von Belang ist nur durch die tatkräftige Mitwirkung aller deutschen Bevölkerungsschichten allein möglich.

Das richtige Verständnis für die Beurteilung der Geldentwertung gewinnt man, wenn man die Hauptursachen von den begleitenden oder Nebenursachen auseinanderhält. Die bedeutendste Ursache der Entwertung des deutschen Geldes ist der Warenmangel innerhalb unseres Reiches. Die zweite Ursache ist die große Ausgabe an Papiergeld. Neben den Ursachen der Geldentwertung kann man, wenn man feinere Unterscheidungen treffen will, Gründe der Geldentwertung unterscheiden. Gründe der Geldentwertung sind: die Entschätzung unserer Wirtschaftskraft durch uns selbst und durch das maßgebende Ausland. Die Spekulation auf die Entwertung der Mark (wobei vermutet wird, daß sie wieder im Preise steigt und dann an der Steigerung verdient wird). Bei der Spekulation auf die Entwertung der Mark wird ihr „Preis" künstlich zu drücken gesucht: Entweder durch ein plötzliches Ueberangebot an Mark auf dem ausländischen Geldmarkt oder durch Gerüchte über den demnächstigen Zusammenbruch deutscher Industrien, der politischen Macht oder gar (was natürlich ein Unding ist) der ganzen deutschen Volkswirtschaft. An der Entwertung des Geldes hat auch die Kapitalflucht mitgewirkt und das sogenannte Loch im Westen. Dann darf auch nicht vergessen werden, daß unser gesamtener Kredit im ganzen auf die Entwertung des Geldes einwirkt. Wir müssen (von Ausnahmen abgesehen) bar zahlen. Wir zahlen in Mark, und da wir mehr einführen als wir ausführen, kommt ein großes Ueberangebot an Mark auf dem Weltgeldmarkt zustande, und das Ueberangebot drückt den Preis für die Mark herunter.

Wenn der Arzt den Krankheitsherd gefunden hat, macht er sich daran, die Ursache der Krankheit oder der Krankheiten aufzufinden und darnach sucht er sich den möglichen Verlauf der Krankheit klar zu machen. Erst nachdem er mit sich darüber im reinen ist, kramt er aus dem Schatz seines Wissens die richtigen Heilmittel aus. Er wendet je nach der Ursache und dem Zusammenhang der Krankheit mit der Körperbeschaffenheit milde- und herbe Mittel an, er schneidet und verbindet und er verordnet Gifte und Tinte, ganz je nach der Art der Krankheit. So ähnlich muß unsere Mark behandelt werden, damit ihre Krankheit gelindert wird oder daß sie wieder gesundet.

Der Wert des Geldes hängt vom Angebot und der Nachfrage ab, ebenso, wie der Preis der Waren. Ist das Angebot groß und die Nachfrage gering, dann sinkt der Preis (das gilt für unsere Mark), ist das Angebot klein und die Nachfrage groß, dann steigt der Wert des Geldes (das gilt für schweizerisches, skandinavisches, englisches, amerikanisches Geld). Das deutsche Geld ist unterwertig oder minderwertig, weil wir mehr an das Ausland schuldig sind, als das Ausland an uns, weil wir mehr vom Ausland kaufen müssen, als das Ausland von uns kauft. Die Wirkung davon ist, daß viel deutsches Geld ins Ausland abfließt, daß es sich dort anhäuft und wieder schwer abzusetzen ist. Im allgemeinen hat das Geld die Neigung, wieder in sein Ursprungsland zurückzukehren. Daß aber das maßgebende Ausland wenig an uns zu zahlen hat, so ist dafür nicht genügend Gelegenheit vorhanden. So staut oder lagert sich das deutsche Geld im Ausland und übt so seine preisvermindernde Wirkung aus. Wie könnte alledem vorgebeugt oder entgegengewirkt werden?

Durch größere Warenausfuhr oder genauer: Der Wert der Ausfuhr muß vermehrt werden. Daneben muß Deutschland darauf bedacht sein, möglichst wenig Güter für den Verbrauch einzuführen. Es wäre falsch zu sagen, viel ausführen und wenig einzuführen. Denn es kommt nicht so sehr auf die Menge, als die Güte (als den Wert) der Ausfuhr an und bei der Einfuhr müssen wir auseinanderhalten, ob es sich um Rohstoffe handelt, die wir veredeln: aus denen wir Halbfabrikate oder Ganzfabrikate herstellen, um sie wieder auszuführen oder ob es sich um solche Güter handelt, die wir einführen, um sie zu verbrauchen. Also eine Besserung ist nur möglich, indem wir den Wert der Ausfuhr steigern und den Wert der Einfuhr (unter der erwähnten Einschränkung) vermindern.

Den Wert der Ausfuhr können wir nur erhöhen, wenn wir entweder mehr arbeiten oder bessere Arbeit, wertvollere Arbeit leisten. Das ist das wirksamste Mittel gegen die Geldentwertung oder das wirksamste Mittel, den Wert des Geldes zu heben. Daneben muß die Einfuhr möglichst beschränkt werden: vor allem müssen die Waren ferngehalten werden, die weniger nötig sind. Für die Volkswirtschaft gilt, was für den privaten Unternehmer gilt: Ist er verschuldet und will ihm niemand mehr Kredit geben, dann heißt es auf die Zähne zu beißen: Die Lust und auch den Schmerz zusammenzunehmen, mehr zu arbeiten, ergiebigere Arbeit zu leisten und sich dabei nach Möglichkeit einzuschränken. So kommt er wieder zu Geld, Ansehen und Kredit.

Unser Ansehen und unser Kredit wächst, wenn wir uns alle bestreben, mehr und Besseres zu leisten; der Wert unseres Geldes steigt dann. Die Spekulation auf die Entwertung wird sich zurückziehen, wenn sie sieht, daß der Wert steigt. Die Kapitalflucht wird nachlassen, wenn es sich lohnt das Geld im Lande zu lassen (abgesehen, daß auch durch Gesetze manches dagegen getan werden kann). Das Loch im Westen (durch das die Sieger Waren gegen unsern Willen herein ließen und das das Schiebertum und den Wucher begünstigte) wird um so eher, leichter und sicherer verstopft werden können, je gefestigter, je sicherer und zuverlässiger die deutsche Volkswirtschaft ist. Ist unsere Volkswirtschaft gefestigt und zuverlässig, dann brauchen wir nicht alles sofort in bar zu zahlen. Wir erhalten Kredit und der Kredit hebt den Wert unseres Geldes. Hat Deutschland mehr Kredit im Ausland und ist sein Geld wertvoller, dann kann es mehr einführen und so das deutsche Volk reichlicher und besser mit Gütern versorgen als es heute der Fall ist.

Jeder Einzelne ist seines Glückes Schmied, jedes Volk ist seines Glückes Schmied, das lehren uns diese Ausführungen.

F. A. B.

Hausgeld und Heilverfahren der Invalidenversicherung.

Eine bedeutungsvolle Ergänzung der Arbeit der Krankenkassen bilden die Heilverfahren, welche bei schwereren Erkrankungen (Lungenleiden, Rheumatismus, Nerven- und Herzkrankheiten usw.) von den Trägern der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ihren Versicherten in großem Umfange gewährt werden. Und

eine 66 Prozent kriegsbeschädigt, eingestellt worden. Sie gehörten der polnischen Berufsvereinigung an. Am 18. Dezember v. J. erschienen der Vertrauensmann des deutschen Metallarbeiterverbandes Genosse Möser und der Vertrauensmann der Arbeiterunion (Kommunisten- und Spartakidorganisation), Genosse Esper, bei M. und S an der Arbeitsstelle und erklärten ihnen, sie müßten **übertreten.** Auf den Hinweis des M. und S., daß sie organisiert seien, erklärten die beiden „Vertrauensleute“: „Ihr seid nicht richtig organisiert, ihr gehört der rechtsstehenden Richtung an. Ihr lauft in die Kirche, besonders der M. läuft mit seiner Frau in die Kirche, deine Kinder gehen mit den Pfaffen spazieren, das können wir nicht dulden.“

In einer Betriebsversammlung die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, führten die Hetzer dann nach mehrmaliger Abstimmung einen Beschluß herbei, **daß die beiden übertreten müßten.** Gleichzeitig wurde beschlossen, daß sie die Beiträge zur sozialdemokratischen Organisation nachzuzahlen hätten. Als die beiden „Delinquenten“ sich aber weigerten, diesem Beschluß nachzukommen, wurde auf den Meister und Direktor des Betriebes eingewirkt. Als auch das nichts fruchtete, zogen die terrorismuslüsternen Genossen andere Register auf. Sie sammelten sich in Gruppen im Werke, setzten die Maschinen still und stürmten drohend unter Führung des „Betriebsrates“ auf M. und S. los. **Unter steter Bedrohung mußten die beiden den Betrieb verlassen.** Sie wurden so bedrängt, daß es ihnen kaum möglich war, sich umzuziehen und ihre Sachen zu ordnen. Höhnisch wurde ihnen von dem „Betriebsrat“ Schmitz erklärt: „Auf dem Abort könnt ihr warten, bis eure Papiere fertig sind.“

Diesem brutalen Zwang kann und darf die Oeffentlichkeit nicht länger untätig zusehen. Es ist geradezu himmelschreiend, daß Kriegsbeschädigte, die von den Unternehmern auf Grund gesetzlichen Zwanges eingestellt werden müssen, **durch den brutalen Terrorismus ihrer sozialdemokratischen Mitarbeiter brotlos gemacht werden.** Man kann dem „Holzarbeiter“ nur vollständig recht geben, wenn er dieses schmähliche Verhalten sozialdemokratischer Freiheitsschänder mit folgenden Worten brandmarkt: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Pfui Teufel! über solches Gesindel. Acht Tage vor Weihnachten werden zwei Familienväter, einer davon zu zwei Drittel Krüppel, arbeitslos und brotlos gemacht. Das sind die Genossen, die unter Sozialisierung immer nur **Sozialdemokratisierung** — wie sie es verstehen — fordern. Es ist übrigens bezeichnend, daß sich in diesem Falle der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Arbeiterunion zur Interessenvertretung zusammengefunden haben. Getreue Seelen finden sich Im Hasse gegen die Religion und die religiöse Ueberzeugung ihrer Mitmenschen ist diese Gesellschaft über einen Kamm geschoren.“

Wenn die verantwortlichen Führer der freien Gewerkschaften diesen gewalttätigen Terror ihrer Anhänger nicht zügeln wollen oder können, dann bleibt kein anderer Weg, wie durch gesetzliche Maßnahmen die Koalitionsfreiheit der deutschen Staatsbürger zu schützen. Dann lamentiere man aber auch nicht über Verletzung oder Beschneidung des Koalitionsrechtes, das von keinem so gefährdet und geschändet wird wie von den roten Gewaltmenschen, so schreibt zu diesem Falle mit vollem Recht die Kölnische Volkszeitung. Dem deutschen „Textilarbeiter“ dürfte es auch angesichts dieses brutalen Gewaltaktes nicht so leicht sein, denselben wiederum mit „Interessenverletzungen der Arbeiterschaft“ zu beschönigen.

---

zwar umsomehr, als diese gesundheitliche Fürsorge auch vielfach auf Witwen und Kinder ausgedehnt wird. Was das Heilverfahren der Landesversicherungsanstalten bei den in Betracht kommenden Bevölkerungskreisen besonders populär macht, ist die Tatsache, daß durchweg eine weit über das gesetzliche Maß hinausgehende Familienhilfe (Hausgeld) gewährt und damit der Kranke von den größten Sor[illegible] seine Angehörigen befreit wird.

Bekanntlich ist die Rechtslage ja die, daß die Versicherungsanstalten bei Durchführung eines Heilverfahrens den Angehörigen, welche von Versicherten ganz oder überwiegend aus dem Arbeitsverdienste unterhalten wurden, die Hälfte des Krankengeldes oder, wenn er zurzeit des Eingreifens der Versicherungsanstalt einer Krankenkasse nicht angehörte, ein Viertel des Ortslohnes als Hausgeld zahlen müssen. Das etwaige Krankengeld fließt dabei der Versicherungsanstalt zu. Diese Familienunterstützung ist natürlich viel zu gering. Darum gestattet § 1400 RVO, daß die Versicherungsanstalten mit Genehmigung des Bundesrats (jetzt: Reichsrat) aus den Ueberschüssen ihres sogenannten Sondervermögens unter anderem auch das Hausgeld aufbessern können. Von dieser Möglichkeit haben die meisten Versicherungsanstalten Gebrauch gemacht, allerdings nicht nach einheitlichen Grundsätzen.

Die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz kann zurzeit mit dem Hausgelde bis zu 75 Prozent des Krankenkassengrundlohnes gehen. Sie hat, dasselbe nach der Familiengröße abgestuft, anfangend mit 25 Prozent bei einer zu versorgenden Person und endend bei 75 Prozent, wenn fünf oder mehr Personen von dem Erkrankten unterhalten werden müssen.

Die jetzige schwere Zeit legt den Gedanken nahe, das Hausgeld weiter auszubauen und zu erhöhen Darum hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz auf Antrag der Versichertenvertreter Brachel-Köln und Dieck-M Gladbach zunächst beschlossen, innerhalb der Höchstgrenze von 75 Prozent des Grund- bezw Ortslohnes eine Erhöhung um 25 Prozent vorzunehmen Infolgedessen beträgt das Hausgeld vom 24. November 1919 ab:

für eine Person	50%	des Krankenkassen-Grundlohnes oder, für Nichtkranken versicherte, des sogenannten Ortslohnes.
für zwei Personen	65%	
für drei Personen und mehr	75%	

Wer also beispielsweise bei der Krankenkasse der Klasse von 10 Mark Grundlohn angehört, kann für Frau und zwei Kinder 7.50 Mark täglich an Hausgeld beanspruchen, wenn er von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in ein Heilverfahren geschickt wird.

Als weitere Maßregel wurde von dem Ausschusse der Landesversicherungsanstalt in seiner Sitzung vom 19. Dezember 1919 beschlossen, beim Reichsrat die Genehmigung nachzusuchen, das Hausgeld um weitere 25 Prozent zu erhöhen, also bis zum vollen Krankenkassen-Grundlohn bezw. Ortslohn zu geben. Hoffentlich wälzt der Reichsrat dem sozialen Streben der Landesversicherungsanstalt keine Steine in den Weg.

Geister, die man gerufen . . .

Den unerhörten und oft geradezu skandalösen Terror, dem Mitglieder unserer christlichen Gewerkschaften früher und auch heute vielfach durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgesetzt waren und sind, bekommen jetzt auch jene Kreise zu spüren, die ehedem nicht genug die „Christen“ bekämpfen konnten. Wir haben keinen Grund, uns in den häuslichen Streit der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen zu mischen, möchten an dieser Stelle nur ein Eingeständnis des „Vorwärts“ festhalten, das uns deutlich zeigt, wie mit dem Betriebsrätegesetz Schindluder getrieben werden kann. In einer Berliner Metallwarenfabrik sollte ein Schlosser eingestellt werden. Der Arbeiterausschuß, dem die Einstellung zur Genehmigung vorgelegt wurde, hatte herausgefunden, daß der Einzustellende Mehrheitssozialist sei. Aus diesem Grunde wurde der Mann abgelehnt Die Firma blieb auf ihrem Standpunkte bestehen, daß nicht politische Motive ausschlaggebend sein müßten, sondern nur die Arbeitskraft und die Anständigkeit jedes neu Einzustellenden. Sie bestand auf die Einstellung, **worauf die Arbeiter in den Streik traten.** Der „Vorwärts“ ist ob dieses Vorganges arg verschnupft und schreibt in Nr. 505 vom 3. 10. 19:

„Wehe dem deutschen Wirtschaftsleben, wenn dieser Arbeitertypus . . . in der Zukunft mitentscheidend für den Produktionsprozeß werden sollte und auf das Wirtschaftsleben losgelassen wird“

Ja, dreimal wehe dem schwer geprüften deutschen Volke, wenn der wahnsinnige politische Fimmel weiter Schule machen sollte! Es ist an der Zeit, daß die maßgebenden Stellen mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen, wie die persönliche Meinungs- und Gewissensfreiheit zu achten ist Das verlangen wir christlich-organisierte Arbeiter in erster Linie von einer „demokratischen“ Regierung.

Versprech nie mehr,

als deine Gewerkschaft leisten kann. Enttäuschung stößt ab. Erfüllung festigt. L. P.

Ein bemerkenswertes Geständnis des Vorwärts zur Revolution.

Im Leitartikel seiner Donnerstag-Abendnummer setzt sich der „Vorwärts“ mit der U. S. P. (Unabhängige Sozialdemokratische Partei) und K. P. D. (Kommunistische Partei Deutschlands) darüber auseinander, wer „die Revolution gemacht“ habe. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen heißt es u. a.:

„Eine Revolution macht man bekanntlich nicht — aber die deutsche Umwälzung ist **tatsächlich gemacht** und ist deshalb keine Revolution geworden Die deutsche „Revolution“ ist gemacht worden **von der Furcht vor der Front.** So sicher ich weiß, daß diese Furcht nicht die alleinige Ursache war, so unerschütterlich fest steht es, daß der Widerwille gegen den Mord an der Front den **Hauptausschlag** gegeben hat. Die Massen, die sich in den Novembertagen gegen das alte Regime erhoben, **trieb keine wirtschaftliche oder politische Idee.**“

Wenn hier zugegeben wird, daß die Revolution „gemacht“ worden sei nicht einer wirtschaftlichen oder politischen Idee zuliebe, sondern, hauptausschlaggebend, von der Furcht vor der Front so liegt die Frage nahe, weshalb dann der „Vorwärts“ und mit ihm seine politischen Glaubensgenossen sich so entrüsten, wenn die Revolution als ein **offenbares Unglück** für Deutschland bezeichnet wird?

Die Hebung der Arbeiterschaft als Ganzes muß das Ziel sein!

In den freien Gewerkschaften hat der Kampf um die beste Organisationsform, mehr noch, um das Wesen der Gewerkschaft selber, wieder einmal besonders heftige Formen angenommen. „Gegen die Zentralorganisation und für die Betriebsorganisation“ ist das Kampfgeschrei der Kommunisten und starker Kreise der Unabhängigen, die, das darf nicht verkannt werden, in den freien Gewerkschaften steigenden Einfluß erringen. Dieser Streit um Form und Wesen der Gewerkschaft ist nun an und für sich nichts Neues; wir wissen, daß er die freien Gewerkschaften seit ihrer Gründung begleitet hat, er ergibt sich ganz einfach aus der engen Verbindung der freien Gewerkschaften mit der politischen Sozialdemokratie. Indessen darf nicht verkannt werden, daß zwischen der früheren Forderung: „Lokalorganisation statt Zentralorganisation“ und der heute vertretenen „Betriebsorganisation statt Zentralorganisation“ wesentliche grundsätzliche Unterschiede bestehen, und auf diese macht das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ aufmerksam. „Diese (die Lokalisten)“, so schreibt es in einem Aufsatz „Um die Gewerkschaft“, „anerkannten wenigstens insofern das Gewerkschaftsprinzip, als sie die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gleichfalls auf der Grundlage allgemeiner Vereinbarung für die Gesamtheit des Gewerbes, wenn auch nur lokal, erstrebte. Die jetzigen Vorkämpfer der Gewerkschaften aber lehnen dieses Prinzip ab und heben den einzelnen Betrieb heraus aus der allgemeinen gewerblichen Lage. Galt es früher als selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft nur dadurch hochkommen könne, daß sie allgemein emporgehoben würde, so begünstigt man jetzt die Arbeiter des einzelnen Betriebes, unbekümmert darum, welche Folgen das für andere Betriebe und ihre Arbeiterschaft hat. Um es kurz zu sagen: Man appelliert nicht mehr an das soziale Denken und Empfinden der Arbeiterschaft, sondern an den Egoismus der Einzelgruppen. Das hat man früher als sittliche Minderwertigkeit angesehen und das ist es heute erst recht, weil die Verhältnisse für die großen Massen schwieriger sind denn je. Der letzte Zweck der Uebung ist ein politischer: Unabhängige und Kommunisten wollen durch diese Umschmeichelung der niedersten Triebe einer rückständigen Masse diese auf ihre Seite ziehen, in der Hoffnung, so irgendwie sich in den Besitz der politischen Macht zu bringen.

Der Kampf geht also in letzter Linie um die tiefste Grundlage des Gewerkschaftsgedankens überhaupt. — Gelingt es, in die bisherige Auffassung vom Gewerkschaftswesen Bresche zu schlagen, dann geht der tiefere Zweck der ganzen Gewerkschaftsbewegung verloren.

Den christlichen Gewerkschaften erwächst bei dieser Sachlage die besondere Aufgabe, die in ihrer Bewegung zur Geltung gelangten größeren volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte in der Auseinandersetzung auf der Arbeitsstätte und in der Oeffentlichkeit nachdrücklichst zur Geltung zu bringen. Sie haben durch ihre seitherige Tätigkeit den Gewerkschaftsgedanken von den schlimmsten Schlacken einer früheren verkehrten Einstellung gereinigt; möchten sie jetzt die Kraft finden, die Entwicklung auf der Linie zu halten, die allein zum Ziele führen kann, nämlich **zur Hebung der Arbeiterschaft als Ganzes!**

„Arbeite oder verhungere“

ist das Gesetz der Natur — geschrieben in den Sternen sowohl wie auf dem Erdboden — „verhungere geistig, verhungere moralisch, verhungere physisch.“ Es ist ein unverbrüchliches Naturgesetz, daß alles, was nicht benutzt wird, stirbt, und daß „nichts für nichts“ gegeben wird.

„Wo liegt das Geheimnis des Erfolges in Geschäften?“ fragte ein Freund den ungeheuer reichen Cornelius Vanderbilt

„Geheimnis! Dabei ist kein Geheimnis,“ war die Antwort; „das einzige was man tun muß, ist, sich um sein Geschäft bekümmern und nicht stehen bleiben.“

Ein junger Student kam eines Tages zu Professor Stuart und fragte, wo er jemanden zum Sägen einer Partie Holzes, die er gekauft hatte, finden könne?

„Ich habe gerade nichts zu tun,“ sagte Mr. Stuart, „ich will es selber sägen.“ —

Lord Palmerston war auch einer dieser Unermüdlichen; er arbeitete wie ein Sträfling bis in sein hohes Alter. Als man ihn fragte, in welcher Lebenszeit ein Mann im besten Alter stehe, antwortete er: „Mit 79 Jahren“ — womit er sein eigenes Alter meinte.

Humboldt, welcher dreißig Jahre lang im Sommer um 4 Uhr, im Winter um 5 Uhr aufzustehen pflegte, behauptete, daß Arbeit ebenso notwendig sei wie Essen und Schlafen. Welch ein Beispiel für die jungen Leute von heute! Welch ein Beweis für die Möglichkeiten eines ernsten Lebens!

Carlyle.

Aus unserer Industrie.

Die Hauptsorge der deutschen Textilindustrie

Vor einem Kreise von Vertretern der Presse äußert sich Geheimrat Reichert vom Reichswirtschaftsministerium über die gegenwärtige Lage des Textilgewerbes. Am Schluß seiner längeren Ausführungen bemerkte er folgendes:

„Für die nächste Zukunft der Textilindustrie wird die Hauptsorge die **Finanzierungsfrage** sein. Auf der einen Seite wird man auf ausländischen Kredit nicht verzichten können, aber in der Hauptsache wird man doch zur Regelung der Ein- und Ausfuhr Devisen schaffen müssen Diese können aber nur durch **intensive Hebung der Produktion** beschafft werden. Die Textilindustrie wird in höchstem Maße Veredelungsindustrie bleiben müssen. Nur so kann die Wiederausfuhr gestärkt und die inländische Rohstofferzeugung gesteigert werden. Die Regierung hat zur Hebung des inländischen Flachsbaues in den Etat 2000000 M. eingestellt, und es ist anzunehmen, daß auch im nächsten Etat eine entsprechende Summe zur Hebung des Leinenbaues in Deutschland erscheinen wird.“

Aus unserer Bewegung.

Wie können wir unseren Verband stärken?

Neue Zeiten, neue Aufgaben! Schwere Zeiten, schwere Aufgaben! Der Kampf, den die christliche Arbeiterschaft heute und in Zukunft führen muß, ist nicht leicht. Wer das nicht einsieht, wird eine große Enttäuschung erleben. Die schwere Zeit ruft **alle** Mitglieder auf den Plan **Alle** Mitglieder müssen sich darum die **Stärkung** ihrer Berufsorganisation angelegen sein lassen. Die äußere und innere Stärkung. Ueber die letztere soll hier einiges ausgeführt werden.

In der letzten Zeit wurde vielfach von Mitgliedern eine **Erhöhung der Unterstützungen rein gewerkschaftlicher Natur** (Streik-, Gemaßregelten- und Erwerbslosenunterstützung) gewünscht. Das ist in einer Zeit der immerwährenden Teuerung wie der gegenwärtigen, ganz begreiflich. Um wieviel ist nicht alles seit unserer

Verbandsgeneralversammlung im vergangenen Jahre teurer geworden? Es ist ganz klar, daß die damals beschlossenen Unterstützungen für die inzwischen ganz erheblich teurer gewordenen Lebensverhältnisse zu niedrig sind. Die Mitglieder haben es aber selbst in der Hand, sich höhere Unterstützungssätze zu sichern, indem sie freiwillig höheren Beitragsklassen beitreten. Bis jetzt ist von dieser in unseren Verbandssatzungen vorgesehenen Einrichtung verhältnismäßig viel zu wenig Gebrauch gemacht worden. Nur eine besonders rühmliche Ausnahme muß in diesem Zusammenhang lobend erwähnt werden.

Im Verbandsbezirk Barmen (rechtsrheinisch) haben sich in der dritten Januarwoche die Vertreter unseres und des deutschen Textilarbeiterverbandes auf nachfolgende Beitragssätze für jede Woche geeinigt:

Für jugendliche Mitglieder bis zum vollendeten 17. Lebensjahre M. 1.—, für weibliche Mitglieder nach vollendetem 17. Lebensjahre M. 1.50 und für männliche Mitglieder nach vollendetem 17. Lebensjahre M. 2.—.

Alle Mitglieder können sich höhere Unterstützungen sichern, wenn sie rechtzeitig aus freiem Willen sich zum Eintritt in höhere Beitragsklassen entschließen. Das liegt in allererster Linie im ureigensten Interesse der Mitglieder. Es liegt das aber auch im Interesse des Verbandes, damit dieser allen Ansprüchen, die an ihn herantreten, gerecht werden kann.

Es wäre durchaus verkehrt, anzunehmen, daß jetzt nach Bildung der Arbeitsgemeinschaften das Streiten der Vergangenheit angehören würde. Nein, auch in der Textilindustrie wird trotz der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden noch gestreikt werden. Vielleicht noch mehr als vor dem Kriege. Und warten wir nicht erst einmal ruhig ab, was die Zeit bringt, wo die Arbeitgeber den Abbau der Löhne verlangen. Für solche und ähnliche Fälle soll und muß die Streikunterstützung ganz mächtig erhöht werden. Klug handeln darum alle jene Mitglieder, die **rechtzeitig vorbauen** und heute schon aus eigenem **Antrieb höhere als** für sie zuständige Beiträge entrichten.

Nicht nur die Ausgaben im Privathaushalt für des Lebens Notdurft sind unheimlich angewachsen. Auch der Verband braucht, soll er das sein, was wir alle wünschen, soviel, daß er leben kann. Eine weitere Erhöhung der Postgebühren und Eisenbahntarife ist erst kürzlich durchgeführt worden. Die Drucksachenrechnungen des Verbandes weisen gegen die Friedenszeit eine Steigerung um mehrere hundert Prozent auf. Und auch die Bezüge der Angestellten müssen mit Rücksicht auf die andauernden Preissteigerungen aller Lebensmittel und Gebrauchsartikel erhöht werden.

Unter allen Umständen braucht der Verband aber auch größere Rücklagen für kommende Zeiten. Bei den jetzigen Beiträgen sind solche nicht zu erreichen. Wir sind kein Skatklub, der für einige Zeiten aus drei Männern bestehen kann. **Wir kämpfen für eine neue soziale Ordnung.** Um den Kampf siegreich führen zu können, brauchen wir mehr Mitstreiter. Wollen wir diese haben, so tut Aufklärung, Werbung not. Viel, viel mehr müssen wir nach dem Willen der fortschrittlichen Mitglieder für die Agitation auswerfen. Da hilft keine Sympathieerklärung, kein schönes Reden, sondern nur das eine:

Verband, tu Geld in deinen Beutel!

Warum aber hat man nicht schon im vorigen Jahre gleich die Beiträge entsprechend erhöht, werden ueberkluge fragen. Die Gegenfrage: Warum hast du nicht auch im vorigen Jahre schon gesorgt, daß dein Stundenlohn die jetzige Höhe erreichte? Alles ist im Fluß. In der Lohnbemessung sowohl als auch hinsichtlich der Gewerkschaftsbeiträge gibt es keine ewigen unumstößlichen Dogmen. Der Zeit, in der man lebt, hat man sich anzupassen. Wer das nicht tut, ist erledigt.

In der neuen Zeit

kann nicht mehr mit den alten Maßen gemessen werden. Die Zeiten sind vorbei, wo in den Gewerkschaften um einige Pfennige Beitragserhöhung gestritten wurde. Eine ganz andere Bedeutung haben die Gewerkschaften und durch sie die Arbeiter erlangt. Nicht wert wäre die Arbeiterschaft, daß sie in Staat und Gesellschaft zu ihrem Rechte käme, wenn sie nicht den Mut fände, diese Rechte auch mit den größten Opfern zu behaupten. Und erst wir **christlichen Gewerkschaftler!** Wollen wir nur eine Sekte sein oder fühlen wir uns stark genug, der nach dem Zusammenbruch neu erstehenden Welt Gestalt in unserm Geiste zu geben?

Zeigen wir, daß wir den Willen zur Tat haben!

Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

Zwittau. (Zur Konsumvereinsfrage.) Schon seit Jahren war die christliche Arbeiterschaft von Zwittau und Umgebung bemüht, der Frage der Konsumentenorganisation näher zu treten und ihre Wege zu ebnen. Die Gründung eines speziell für die christliche Arbeiterschaft gedachten Konsumvereins stieß aber auf unüberbrückbare Hindernisse. Erst in jüngster Zeit gelang es, dieses heikle Problem einer glücklichen Lösung zuzuführen. Der schon seit Jahren bestehende „Konsumverein für die Angestellten und Arbeiter der Tabakfabrik" dessen Mehrheit der Mitglieder der christlichen Tabakarbeitergewerkschaft angehört, erklärte sich bereit, seine Statuten dahingehend umzuändern, daß auch Textilarbeitern und Angehörigen anderer Berufsstände der Beitritt ermöglicht wird. Am 1. November fand denn auch im katholischen Vereinshause eine außerordentliche Generalversammlung des Tabakarbeiterkonsumvereins statt, wo eine Statuten- und Firmenänderung im angedeuteten Sinne beschlossen wurde. Damit wird nun dieser, bisher nur auf eine Fachgruppe beschränkte Konsumverein in einen allgemeinen Konsumverein umgewandelt und der ganzen christlichen Arbeiterschaft zugänglich gemacht. Es wird sich daher die Mitgliederzahl voraussichtlich mehr als verdoppeln und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens bedeutend heben. Unsere Textilarbeiter-Ortsgruppe nahm zu dieser Frage in zwei Versammlungen Stellung, in welchen Parteisekretär Götz und Zentralobmann Domes auf die Notwendigkeit und Berechtigung der Konsumvereine verwiesen und zum Beitritt aufforderten. Jetzt, wo man Gesetze vorbereitet, wonach künftighin die Rohstoffversorgung nur durch Konsumvereine erfolgen soll, ist es mehr denn je an der Zeit, daß sich die Konsumenten aufraffen zur Selbsthilfe auch in dieser Beziehung. Der Tabakarbeiter Konsumverein, der nunmehr unter der neuen Firma „Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Zwittau und Umgebung G. m. b. H." Verbindungen mit Großeinkaufsgesellschaften angeknüpft hat, wird auch in der Lage sein, seinen Mitgliedern größtmöglichste Vorteile zu bieten, soweit es eben die Approvisionierungsverhältnisse der Republik gestatten. Durch direkten

Nicht wegen deiner Person

allein sei Gewerkschaftler. Du mußt vielmehr der Allgemeinheit dienen. Auch

Beiträge zahlen

allein tut es nicht. Du mußt deine ganze Person in den Dienst der Gewerkschaft stellen. L. P.

Einkauf und Ausschaltung des Zwischenhandels wird es möglich sein, auch der Bevölkerung von Zwittau und Umgebung gute und verhältnismäßig billige Waren zu verschaffen. Das allgemeine Darben und Hungern breitester Volksschichten, namentlich der Textilarbeiter, erfordert immer dringender den festen Zusammenschluß aller Konsumenten. Ein großer Teil unserer Ortsgruppenmitglieder hat bereits den Weg in die Konsumentenorganisation gefunden, der andere, kleinere Teil wird hoffentlich durch die Not der Zeit und durch den Selbsterhaltungstrieb gedrängt, bald zur Einsicht kommen, daß auch sie nicht länger abseits stehen können. Die Leitung des Konsumvereins hat jenen, welchen es unmöglich ist, den Geschäftsanteil (40,— K) auf einmal zu erlegen, die Begünstigung der Teilzahlung gewährt. Es kann also nur eine Losung geben: Hinein in den unter christlicher Leitung stehenden Konsumverein.

Zwittau. Ordnung und Pünktlichkeit sind zwei Dinge, die in jedem Geschäfte bei jedem Unternehmen beachtet werden müssen, widrigenfalls das ganze Geschäftsbetriebe unberechenbaren Schaden leidet. Genau so verhält es sich mit der gewerkschaftlichen Organisation. Unser Fachblatt, das nunmehr wöchentlich erscheint, darf nicht in unserem Sekretariate tagelang liegen bleiben, sondern muß jedem einzelnen Mitglied von dem betreffenden Subkassier pünktlich zugestellt werden. Unser Bestreben wird es sein, durch die Zeitung die Mitglieder über alles Wissenswerte zu informieren. Die Subkassiere werden daher aufgefordert, allwöchentlich die Zeitungen im Sekretariate abzuholen und gewissenhaft an die Mitglieder zu verteilen. Sollten einige Mitglieder keine Zeitungen erhalten, dann mögen sie dies im Sekretariate melden, damit diesem Übelstande abgeholfen werden kann. Ordnung und Pünktlichkeit sei auch unser Leitstern!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bielefeld. Rückblick auf das Jahr 1919. Freitag, den 16. Januar, hielt unsere Ortsgruppe eine Generalversammlung ab, wobei die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Vorsitzender Heinemann begrüßte die Anwesenden und gab die Tagesordnung bekannt. Zu Punkt Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege Eggert wiedergewählt, als zweite Vorsitzende Anna Bedeschinsky, als Kartelldelegierte wurde Regina Marotzky wiedergewählt, hinzu wurde Therese Tödel gewählt, als Schriftführerin wurde Auguste Reiner wiedergewählt. Zu Punkt Mitgliederverhältnisse: Am 1. Januar 1919 48 Mitglieder, am 1. April 1919 94 Mitglieder; am 1. Juli 1919 95 Mitglieder am 1. Oktober 1919 106 Mitglieder; am 1. Januar 1920 106 Mitglieder. Uebergetreten vom freien Verbande waren 20 Mitglieder. Ferner wurden zwei Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten und 16 Mitgliederversammlungen. Hierauf erhielt Vorsitzender Gebring das Wort und gab seiner Freude Ausdruck über die tätige Arbeit. Er sprach den Wunsch aus, daß die Arbeit von den Mitgliedern weiter gefördert würde und berichtete zugleich von den Forderungen der Teuerungszulagen, die von den Gewerkschaften dem Arbeitgeberverbande eingereicht wurden.

Külstedt. Gründungsversammlung. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die christlichen Gewerkschaften auf dem Eichsfelde immer mehr an Ausdehnung und Einfluß gewinnen. In einer über alles Erwarten gut besuchten Versammlung, am 16. Januar, im Hotel „zur Post" sprach einleitend Werkmeister Hundeshagen-Büttstedt über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und empfahl den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften. Das Referat hatte Gewerkschaftssekretär Hake-Heiligenstadt übernommen. Derselbe sprach von der Notwendigkeit und den Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung und schilderte die traurige Lage der eichsfeldischen Textilarbeiterschaft in der Vergangenheit: überlange Arbeitszeit, niedrige Löhne, nicht immer einwandfreie Behandlung von seiten der Arbeitgeber und Angestellten, sowie der Mangel anderer Arbeitsmöglichkeiten haben unsere besten Kräfte aus der Heimat hinaus gestoßen in die Fremde. Diejenigen, welche zur geistigen Führung des arbeitenden Volkes berufen waren, haben zum Teil versagt und so kam es, daß mancher Eichsfelder in der Fremde verderblichen Lehren anheimfiel und sittlich und moralisch zu Grunde ging, trotz guter Erziehung im Elternhause. Das Recht des Zusammenschlusses, welches die Arbeitgeber sich zu eigen machen, müssen auch die Arbeiter für sich in Anspruch nehmen. Nach der Diskussion konnte der Versammlung mitgeteilt werden, daß 102 Textilarbeiter und 40 Tabakarbeiter ihren Beitritt erklärt hatten. Mögen die gegründeten Ortsgruppen sich nun kräftig weiter entwickeln zum Segen der Arbeiter, sowie der ganzen Gemeinde.

Soran. Eine gut besuchte Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am 17. Januar ab. Kollegin Hermann begrüßte die Anwesenden mit warmen Worten und sprach den Wunsch aus, daß die Mitglieder auch im neuen Jahre die Versammlungen regelmäßig und pünktlich besuchen möchten. Nach Verlesung des Protokolls erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal 1919, worauf demselben für seine Mühewaltung der Dank der Versammlung ausgesprochen und Entlastung erteilt wurde. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten und die Kollegin Hermann einstimmig als Vorsitzende wiedergewählt. Der übrige Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: Kollege Otto Bogisch zweiter Vorsitzender, Kollege Brätsch, Kassierer, Frau Zurk, Schriftführer, Max [illegible]mann und Frau Jentsch Beisitzer. Alle Genannten nahmen die Wahl an und versprachen im Interesse unseres Verbandes tätig zu sein. Hierauf erstattete Kollege Kaßbender aus Forst den Jahresbericht und hielt im Anschluß daran einen Vortrag über die neuen Vorschriften der Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Süchteln. Unsere Generalversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende versprach die Tagesordnung kurz zu fassen, sodaß unsere Versammlungen in Zukunft gegen 12 Uhr beendet wären. Zu Punkt eins erstattete unser Kollege Nyper den Kassenbericht. Hervorzuheben sei, daß unsere Ortsgruppenkasse auf 800 Mk. angewachsen, die Mitgliederzahl um 220 gestiegen sei.

Der Vorsitzende hob hervor, daß dieses ein erfreuliches Zeichen, was uns aber doch nicht befriedigen könne. Er hoffte, daß im nächsten Jahre unsere Mitgliederzahl verdoppelt sei.

Als Vorstandsmitglieder schieden aus: die Kollegen Greffes Walter und Janssen Johann; welche einstimmig wiedergewählt wurden. Dem Vorstande gehören an: Greffes, Walter, Jansen Johann, Rennemann; als Kassierer Nyper, als Vorsitzender Janssen Peter, ferner die Kollegin Kox und als Schriftführerin Spicker Aenchen.

Unter Punkt drei wurde eine Arbeiter- und Arbeiterinnenkommission gewählt. Dann wurde die Gründung einer Bezirkskasse bekannt gegeben.

Nachdem unser Vorsitzender den Zweck und den Nutzen derselben klargelegt hatte, wurde die Erhebung eines Extrabeitrages einstimmig hierzu angenommen.

Des weiteren gab er bekannt, daß unser Ortskartell ein Gewerkschaftsfest geplant hätte.

Besondere Bekanntmachungen.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch **auf Unterstützung verwirkt.**

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 6. Wochenbeitrag im Jahre 1920 für die Zeit vom 9. Februar bis 15. Februar 1920 fällig ist.

Allen Mitgliedern kann in Anbetracht der unsicheren wirtschaftlichen Lage nur dringend anempfohlen werden, höhere als für sie zuständige Beiträge zu entrichten. Sie erlangen dann Anrecht auf die höhere Unterstützung, nachdem sie 26 Wochenbeiträge der höheren Beitragsklasse entrichtet haben (§ 8, **Ziffer 3** und 4 der Verbandssatzungen).

Betriebsrätegesetz nebst Wahlordnung.

Die Nationalversammlung hat das Betriebsrätegesetz verabschiedet. In kürzester Frist finden die Wahlen statt. Alle zweckmäßigen Vorbereitungen zu diesen sind seitens der gewerkschaftlichen Organisationen unverzüglich zu treffen.

Zu den vorbereitenden Arbeiten bringt rechtzeitig der Christliche Gewerkschaftsverlag eine geeignete Broschüre auf den Markt. Das Büchlein, dessen Preis möglichst niedrig gehalten wird, und deshalb für weitesten Absatz in den Kreisen der Gewerkschaftler geeignet ist, enthält neben dem Gesetzestext und der Wahlordnung erläuternde gemeinverständliche Einführungen in alle wichtigen Einzelheiten der Materie. Bestellungen auf diese Betriebsrätebroschüre müssen seitens der Kartelle und Ortsgruppenleitungen sofort an den christlichen Gewerkschaftsverlag in Köln, Venloerwall 9, ergeben. Der Versand erfolgt unverzüglich nach Erscheinen der Broschüre in der Reihenfolge des Einlaufs der Bestellungen.

Briefkasten der Schriftleitung.

An mehrere Einsender: Es verlaufen in der Regel alle Feiern „harmonisch". Warum sollen gerade unsere Weihnachtsfeiern von dieser Regel eine Ausnahme machen? Sollen wir aber wirklich den weit über hunderttausend Lesern unseres Verbandsorgans davon Kunde geben, daß z. B. bei einer Weihnachtsfeier die Teilnehmer sogar mit Kakao und Kuchen bewirtet wurden? Das erscheint uns wahrhaftig nicht wichtig genug und ist auch für die Allgemeinheit wirklich nicht von Interesse. Und warum sollen wir zudem in einer Zeit wie der heutigen den Lesern unnötig den Mund noch wässerig machen?

Auch ein „Aufstieg ins Gebirge in stockdunkler Nacht" hat für unsere Mitglieder nicht mehr die Reize wie in der Vorkriegszeit. Sind nicht so viele Mitglieder als ehemalige Feldgraue manchesmal in einem noch viel schrecklicheren Dunkel herumgetappt? Sehr viele von ihnen haben, und zwar auch ohne „elektrische Taschenlampe", trotzdem wieder den Weg zu Muttern gefunden. Der uns zur Verfügung stehende Raum des Verbandsorgans ist überaus knapp und recht kostbar. Es konnten die Berichte darum vor unserm Blaustift keine Gnade finden.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Von den Aufgaben der Betriebsräte. — Unser tägliches Brot. — Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. — **Feuilleton:** Nun raff dich auf! — Ursachen der Geldentwertung. — Hazards und Heilverfahren der Invalidenversicherung. — **Allgemeine Rundschau:** Terrorismus in brutalster Form. — Heiner, die man gewinnen . . . — Ein bemerkenswertes Geständnis des Vorwärts zur Revolution. — Die Hebung der Arbeiterschaft als Ganzes muß das Ziel sein! — „Arbeite oder verhungere". — **Aus unserer Industrie:** Die Hauptsorge der deutschen Textilindustrie. — **Aus unserer Bewegung:** Wie können wir unseren Verband stärken? — **Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung:** Zwittau. **Berichte aus den Ortsgruppen:** Bielefeld. — Külstedt. — Soran. — Süchteln. — **Besondere Bekanntmachungen.** — Briefkasten der Schriftleitung.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Düsseldorf 56, Konkordiastr. 7.